

Wahlen in Taiwan

Votum für den Status quo, kein Mandat für engere Anbindung an China

Gudrun Wacker

Am 14. Januar 2012 wurde Amtsinhaber Ma Ying-jeou, Vorsitzender der nationalistischen Kuomintang, für weitere vier Jahre zum Präsidenten gewählt. Erstmals fanden Präsidentschafts- und Parlamentswahl in Taiwan gleichzeitig statt. Der Wahlsieg für Ma und seine Partei und die Niederlage der Gegenkandidatin von der Demokratischen Fortschrittspartei, Tsai Ing-wen, fielen zwar deutlicher aus als erwartet. Seinen Erdbebenrutschsieg von 2008 konnte Ma jedoch nicht wiederholen. Das Wahlergebnis wurde von China und den USA mit Erleichterung aufgenommen und als Voraussetzung für Stabilität und Kontinuität in den Beziehungen zwischen China und Taiwan gewertet. Es ist jedoch nicht als Mandat für eine rasche weitere Annäherung an die Volksrepublik China zu verstehen, sondern als Votum der Bevölkerung Taiwans für den Status quo.

Nicht überwältigend, aber klar war der Wahlsieg am 14. Januar 2012 für Präsident Ma Ying-jeou und seine Partei Kuomintang (KMT), die dem »blauen Lager« angehört, also langfristig für die Vereinigung mit Festlandchina steht, und auch die Parlamentsmehrheit erreichte. Ma besiegte Tsai Ing-wen, die Spitzenkandidatin der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), die dem »grünen Lager« für die Unabhängigkeit von China zuzurechnen ist, mit etwa 6 Prozentpunkten Vorsprung (51,6% gegen 45,63%). Bei den Parlamentswahlen, die erstmals zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen stattfanden, verlor die KMT zwar Mandate (17 gegenüber 2008), verfügt mit 64 von insgesamt 113 Sitzen aber immer noch über die Mehrheit. Die DPP gewann 40 Sitze und damit 13 mehr als 2008. Unter den kleinen

Parteien errangen die Taiwan Solidarity Union (TSU, grünes Lager) und die People First Party (PFP, blaues Lager) jeweils drei Sitze. Auch wenn die DPP nicht siegreich aus den Wahlen hervorging, ist es Tsai doch gelungen, die Partei aus dem Tief herauszuführen, in dem sie sich nach der verheerenden Niederlage von 2008 befunden hatte.

Bei den Wahlen stand die Politik der Regierung Ma, insbesondere gegenüber dem Festland, auf dem Prüfstand. Denn mit dem Wahlsieg 2008 waren die politischen Weichen für die Annäherung an die Volksrepublik China gestellt worden. In Mas erster Amtsperiode wurden direkte Verkehrsverbindungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße eingerichtet und insgesamt 16 Vereinbarungen geschlossen, darunter ein Rahmenabkommen über wirtschaft-

liche Zusammenarbeit (Economic Cooperation Framework Agreement, ECFA), das den stufenweisen Abbau von Zöllen vorsieht, dessen künftige Ausgestaltung aber noch zu verhandeln ist.

Diese Annäherungspolitik ist in Taiwan umstritten: Während die amtierende Regierung sie als Erfolg sieht, geht sie aus Sicht der Oppositionspartei DPP zu schnell und zu weit (»Ausverkauf Taiwans«). Für die kleine PFP ist sie dagegen zu langsam und zu vorsichtig. Die Erwartung, dass Taiwan unter einer KMT-Regierung durch bessere Beziehungen zu China auch mehr internationalen Spielraum gewinnen würde, erfüllte sich bislang nur zum geringen Teil.

Der Wahlkampf und die Kandidaten

Der Wahlkampf verlief recht unaufgeregt, konzentrierte sich auf wirtschaftliche und soziale Themen und richtete sich vorwiegend an Wähler der Mitte. Dies ist auch den Persönlichkeiten der beiden Hauptkonkurrenten Ma und Tsai geschuldet. Beide haben einen ähnlichen Hintergrund, nämlich Verwaltung und/oder Universität.

Nach dem Wahlsieg im Jahr 2008 waren die Erwartungen an die Regierung Ma sehr hoch, zumal diese sich auf eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Parlament stützen konnte. Ma hatte den Wahlkampf 2008 mit dem Slogan »6-3-3« bestritten, das heißt 6% Wirtschaftswachstum jährlich, die Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens auf 30 000 US-\$ und die Senkung der Arbeitslosenquote auf 3%. Vor allem die Auswirkungen der globalen Finanzkrise aber ließen die Einlösung dieser Wahlversprechen kaum realistisch erscheinen.

Für die Beziehungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik China prägte Ma die Formel der »drei Nein« – keine Vereinigung, keine Unabhängigkeit, keine Waffengewalt. Voraussetzung für die Verhandlungen mit China war die Anerkennung des sogenannten Konsenses von 1992. In dem Jahr hatten KMT und Kommunistische Partei Chinas Gespräche miteinander geführt und anerkannt, dass es nur »ein China« gibt, dieses

Prinzip aber von jeder Seite unterschiedlich interpretiert wird.

Die DPP, die in ihrem Parteiprogramm nach wie vor für die Unabhängigkeit Taiwans von China eintritt, und ihre Spitzenkandidatin lehnen diesen Konsens als Basis für Verhandlungen zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße ab. Tsai versuchte im Wahlkampf eine klare Festlegung in der Chinapolitik zu vermeiden. Sie wollte nicht entweder durch zu viel Kompromissbereitschaft die Stammwähler der DPP verärgern oder durch die Ankündigung eines unnachgiebigen Kurses von vornherein den Weg für eine Fortführung der Gespräche mit China verbauen. Dem Konsens von 1992 setzte sie einen »Taiwan-Konsens« entgegen, dessen Substanz allerdings vage blieb.

Die DPP versuchte vor allem soziale Fragen (wie stagnierende Einkommen, wachsende Ungleichheit, Immobilienpreise) und Nachhaltigkeit (etwa Ausstieg aus der Kernenergie) zu Hauptthemen des Wahlkampfes zu machen. Die Partei stellte sich als Anwalt der »kleinen Leute« und sozial Benachteiligten dar, während die KMT die Interessen des Big Business und der Reichen vertrete. Dahinter stand auch die Vorstellung, der weitaus größte Teil der Bevölkerung profitiere nicht von den mit dem Festland geschlossenen Wirtschaftsabkommen.

Im Oktober 2011 hatte Ma Ying-jeou Gespräche mit China über ein Friedensabkommen in Aussicht gestellt (offiziell wurde der Bürgerkrieg nie beendet). Doch diese Initiative kostete ihn laut Umfragen erheblich an Unterstützung. Die Wahlkampfstrategie der KMT konzentrierte sich danach überwiegend darauf, die Gefahren eines Wahlsieges von Tsai zu beschwören: Dieser werde wegen Tsais Ablehnung des Konsenses von 1992 zu Spannungen oder gar einer neuen Eiszeit im Verhältnis zu China führen, wie schon in den acht Jahren unter Mas Amtsvorgänger Chen Shui-bian (DPP).

Wahlergebnis und mögliche Ursachen

Beide großen Parteien, KMT und DPP, hatten vor der Wahl ein Kopf-an-Kopf-Rennen

vorhergesagt. Mit dieser Taktik wollten sie offenbar möglichst viele der rund 18 Millionen Wahlberechtigten mobilisieren, tatsächlich ihre Stimme abzugeben. Anfang Januar hatte es nach einer Aufholjagd Tsai Ing-wens ausgesehen. Ab zehn Tagen vor den Wahlen dürfen jedoch keine Meinungsumfragen mehr veröffentlicht werden. Daher verblüffte der deutliche Sieg für Ma Ying-jeou nahezu alle Beobachter.

Der KMT ist es augenscheinlich gelungen, viele derjenigen Wähler, die aus Unzufriedenheit mit Ma Ying-jeous Politik den dritten Kandidaten im Rennen um die Präsidentschaft, Chu-yu (James) Soong (PFP), unterstützen wollten, zu einer taktischen Stimmabgabe zu bewegen: Für Soong waren in fast allen Umfragen 5% oder mehr prognostiziert worden, am Ende erreichte er aber nur 2,77%.

In der letzten Woche vor den Wahlen traten nicht nur etliche Großunternehmer für Ma ein. Auch Vertreter kleiner und mittlerer Unternehmen sprachen sich für den Konsens von 1992 und damit indirekt für Mas Politik aus. Fast 200 000 Geschäftsleute kehrten eigens für die Wahl vom Festland zurück, denn da es keine Briefwahl in Taiwan gibt, kann man nur im Heimatdistrikt seine Stimme abgeben. Wie viele von ihnen tatsächlich für Ma und die KMT stimmten, ist unklar. Dass für sie aber Charterflüge eingerichtet und festlandschinesische Touristengruppen aufgefordert wurden, ihre Sitzplätze für sie zur Verfügung zu stellen, sieht die DPP als indirekte Einmischung Chinas in die Demokratie Taiwans. Sie kritisiert auch die chinesischen Einkaufsdelegationen für landwirtschaftliche Güter, die insbesondere im Süden Taiwans, traditionell Hochburg des grünen Lagers, zum Beispiel dafür sorgen, dass Bauern gute Beziehungen zum Festland als ihr eigenes Interesse sehen. Das heißt nicht, dass diese Ma ihre Stimme gaben. Womöglich gingen aber viele nicht zur Wahl, was der DPP zum Nachteil gereichte. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei etwas über 74% (2008: 76%).

Auch bei den Parlamentswahlen verhielten sich die Wähler teilweise taktisch, indem sie Stimmen zwischen Distriktkandidaten (für Direktmandate) und Parteiliste aufteilten. So gewann die TSU (grünes Lager) nach einem letzten Appell des früheren Präsidenten Lee Teng-hui (ursprünglich KMT, dann ins grüne Lager gewechselt) überraschend 9,56% der Stimmen auf der Parteiliste, womit sie sich drei Sitze und damit Verhandlungsrecht im Parlament sicherte. Die PFP errang 5,86% der Parteiliste und kann mit künftig drei Sitzen (davon zwei über die Liste) ebenfalls Einfluss auf Parlamentsentscheidungen ausüben.

Nach den Wahlen 2008 war befürchtet worden, dass unter dem neuen Wahlsystem, das nur noch einen Sitz pro Distrikt vorsah und die Zahl der Parlamentssitze halbierte, die kleinen Parteien keine Überlebenschance in der Parteienlandschaft Taiwans mehr hätten. Diese Angst erwies sich als unbegründet. Parteien und Wähler scheinen sich auf die neuen Gegebenheiten eingestellt zu haben.

Internationale Reaktionen

Während des Wahlkampfes spielten auch Kommentare und Entwicklungen im Ausland eine Rolle, wenn auch nicht klar ist, inwieweit sie das Wahlergebnis beeinflussten. China und die USA sind die wichtigsten Partner aus Sicht Taiwans: Peking wegen des Konflikts um Taiwans Status und der wirtschaftlichen Verflechtungen, Washington aufgrund des Taiwan Relations Act von 1979, der die USA verpflichtet, Taiwan bei seiner Selbstverteidigung zu unterstützen.

China hat aus den Erfahrungen seit Ende der 1990er Jahre gelernt. Damals hatte es vergeblich versucht, durch Drohgebärden die Stimmabgabe für das Pro-Unabhängigkeits-Lager zu verhindern. Dennoch gewann der Unabhängigkeitsbefürworter Chen Shui-bian die Wahlen in den Jahren 2000 und 2004. Chinas Instrumente der Einflussnahme sind subtiler geworden, wie im Falle der erwähnten Einkaufstouren.

Obwohl Washington offiziell seine Neutralität gegenüber dem Wahlausgang unterstrich, deutete aus Sicht Taiwans einiges auf eine Unterstützung für Ma hin: An die Financial Times sickerte im September 2011 die Äußerung eines nicht genannten Mitarbeiters des Weißen Hauses durch, man traue Tsai Ing-wen nicht zu, die Beziehungen zu China erfolgreich fortzuführen. Im Dezember kündigte Washington an, Taiwan auf die Liste der Staaten zu setzen, deren Bürgern möglicherweise visafreie Einreise in die USA eingeräumt wird. Zudem gab kurz vor dem Wahltag ein ehemaliger Direktor der inoffiziellen Botschaft der USA in Taiwan, des American Institute (AIT), ein Interview im taiwanischen Fernsehen und sagte, so gut wie jeder führende Politiker in Washington bevorzuge einen Wahlsieg Mas als Stabilitätsgarant. Das AIT distanzierte sich zwar von diesen Bemerkungen und bezeichnete sie als Privatmeinung. Dennoch kann es kaum Zweifel daran geben, dass die USA den Wahlsieg Mas mit Erleichterung aufgenommen haben. Die Obama-Regierung gratulierte dem Gewinner und verwies auf die Bedeutung von Frieden und Stabilität beidseits der Taiwan-Straße.

Eine Gratulation zur Abhaltung demokratischer Wahlen kam auch von der EU in Gestalt von Lady Ashton, und der deutsche Außenminister beglückwünschte Ma zu seiner Wiederwahl. Kontinuität in den Beziehungen zwischen China und Taiwan gewährleistet auch aus Sicht Europas am ehesten Frieden und Stabilität.

Implikationen der Wahl

China hat den Ausgang der Wahlen offiziell als Basis für stabile Beziehungen zwischen den beiden Seiten begrüßt. In der chinesischen Presse wurde das Wahlergebnis als Zustimmung der Bevölkerung zum Konsens von 1992 und Absage an die Unabhängigkeit gewertet. Ein Wahlsieg Tsais wäre in China vermutlich als Scheitern der »weichen« Taiwan-Politik unter Präsident Hu Jintao interpretiert worden.

Gewiss lässt das Wahlergebnis auf Stabilität in der Taiwanstraße hoffen. Doch der Wahlerfolg Mas und seiner Partei darf nicht als Mandat für eine schnelle Intensivierung oder gar als Votum Richtung Vereinigung missverstanden werden, schon weil Ma gegenüber 2008 spürbar an Zustimmung verloren hat. Die ablehnende Reaktion auf seinen Vorschlag, Gespräche über ein Friedensabkommen zu beginnen, hat deutlich gemacht, dass es den meisten Taiwanern vor allem um den Erhalt des Status quo geht, also die De-facto-Unabhängigkeit der Insel.

Einen der Hauptkritikpunkte der DPP an den Verhandlungen mit China, nämlich ihre Intransparenz, könnte Ma entkräften, indem er feste Konsultationsmechanismen zwischen KMT und DPP einrichtet und die Opposition stärker einbezieht als bisher. Die DPP ihrerseits muss ihre Haltung gegenüber China überdenken und besser erklären, will sie ihre Chancen bei den Wahlen 2016 verbessern.

Im Verhältnis zu China lässt vieles darauf schließen, dass die neue Regierung Taiwans weiter über die Ausgestaltung der wirtschaftlichen Kooperation (ECFA, Investitionsschutzabkommen und anderes) verhandeln wird und sich vorläufig nicht den sensibleren politischen Themen zuwendet, die Souveränitätsfragen berühren. Mehr Kulturaustausch ist offenbar in Planung, wirft aber Fragen der nationalen Identität auf.

China selbst geht auf einen Führungs- und Generationswechsel zu: Im Herbst 2012 werden die obersten Parteiämter neu besetzt, im Frühjahr 2013 die Regierungsämter. Hu Jintao wird daran gelegen sein, die Annäherung der beiden Seiten als sein politisches Vermächtnis zu bewahren. Deshalb dürfte Peking kein Interesse daran haben, Taiwan zu einem schnelleren Tempo zu drängen.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364